
FDP Butzbach

WO KOMMT DER STROM HER?

13.09.2017

„Die Grünen lernen nicht aus Fehlern“. Zu dieser Einschätzung kommen die FDP-Stadtverordneten Oliver Löhr und Dr. Christoph Bindhardt in Anbetracht der Forderung, ab 2030 keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren mehr zuzulassen. „Auch wenn die Autoindustrie im aktuellen Dieselskandal Fehler gemacht hat, sollten die Grünen nicht vergessen, dass die Autoindustrie in Deutschland eine Schlüsselindustrie ist, an der viele Arbeitsplätze hängen. Zudem sind Diesel-Autos nicht die alleinigen Erzeuger von Stickoxiden“, so die FDP-Vorstandsmitglieder.

Die Politik habe den Fehler begangen, Ziele zu definieren, deren kurzfristige Umsetzung aus technischer Sicht utopisch gewesen sei. Die Autoindustrie habe diese Ziele trotzdem akzeptiert und letztlich zu betrügerischen Mitteln gegriffen, um sie zu erreichen. „Wenn die Grünen ab 2030 Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren verbieten wollen, sollten sie sich ernsthaft fragen, ob dieses Ziel aus heutiger Sicht mit den vorhandenen Ressourcen überhaupt erreichbar ist“, so Bindhardt weiter.

Möchte man den Fokus auf die Verbreitung Elektroautos richten, so müsse gewährleistet sein, dass der benötigte Strom immer lieferbar ist und die für die Autos notwendigen Akkus hergestellt werden. Darüber hinaus stelle sich die Frage, wie das bezahlt werden soll. „Würde der Strom durch Wind bereitgestellt werden, so ist zu berücksichtigen, dass es Flauten von sieben Tagen und mehr gibt, in denen kaum Windstrom erzeugt wird. Mit Windstrom lässt sich also keine Versorgung von E-Autos sicherstellen. Wer ist damit einverstanden, dass er sein teures Auto nicht nutzen kann, wenn er möchte?“, fragt der diplomierte Physiker. Fraktionsvorsitzender Löhr wendet sich direkt an die Grünen: „Wo wird der Strom für die Elektromobilität herkommen, wenn die Atomkraftwerke im Jahr 2030 schon lange abgeschaltet sein werden?“

Eine Abschätzung des Strombedarfs für Butzbach unter der Voraussetzung, dass alle

PKWs durch einen e-Golf ersetzt worden sind, führe zu dem Ergebnis, dass die EVB den aktuellen Letztverbraucherabsatz verdoppeln müsste. „Selbst die Annahme, dass nur die Hälfte aller PKWs Elektroautos sein werden, führt schon zu einem nicht abdeckbaren Strombedarf. Wir sind schließlich nicht allein in Deutschland“, schlussfolgern die Stadtverordneten. Außerdem werde durch die notwendige Digitalisierung viel Strom verbraucht. Derzeit gingen Wissenschaftler davon aus, dass man in Deutschland für den gesamten Stromverbrauch der Elektroautos etwa 24 Prozent mehr Strom produzieren müsste. In Zahlen ausgedrückt entspreche dies 20 Gaskraftwerken, 5000 Offshore-Windkraftanlagen, 35.000 Windkraftanlagen an Land, eine Million Blockheizkraftwerke für größere Gebäude oder 27 Millionen kleinen Solaranlagen.

„Der Strombedarf ist nur die eine Hürde, eine andere ist der Bedarf an Akkus, der aus heutiger Sicht wegen der fehlenden Rohstoffe nicht zu realisieren sein wird“, mahnt Bindhardt und zitiert einen FAZ-Artikel (12.08.2017, S. 19), in dem es heißt, dass man zur Herstellung der Akkus Kobalt benötige: „Etwa 60 Prozent der Kobaltvorräte liegen zudem im vom Bürgerkrieg zerrütteten zentralafrikanischen Kongo, in dem selbst Kinderarbeit in den Minen an der Tagesordnung ist.“ „Haben die Grünen das nicht berücksichtigt?“, fragt der Liberale.

Auch der CO₂-Ausstoß für die Produktion eines modernen Akkus sei nicht zu unterschätzen. So gehe eine aktuelle Studie aus Schweden davon aus, dass man alleine für die Produktion des Akkus etwa so viel Kohlenstoffdioxid produziert, wie man mit einem Benzin für eine Fahrtstrecke von etwa 100.000 Kilometern erzeugt.

„Durch ihre einseitige Festlegung auf Elektroautos schließen die Grünen Entwicklungen, die weiter auf Verbrennungsmotoren setzen, leichtfertig aus. Diese wären wegen der fehlenden Ressourcen und der damit einhergehenden eingeschränkten Nutzbarkeit von Elektroautos jedoch dringend erforderlich“, so das Fazit der FDP-Politiker.